

Social = Demokrat.

Diese Zeitung erscheint drei Mal wöchentlich und zwar: Dienstags, Donnerstags und Sonnabends Abends.

Organ der social-demokratischen Partei.

Redigirt von J. B. v. Hoffstein und J. B. v. Schweizer.

Redaction und Expedition:
Berlin,
Alte Jakobstraße Nr. 67.

Abonnements-Preis für Berlin incl. Bringerlohn: vierteljährlich 15 Sgr., monatlich 5 Sgr., einzelne Nummern 1 Sgr.; bei den königl. preussischen Postämtern 15 Sgr., bei den preussischen Postämtern im nichtpreussischen Deutschland 12½ Sgr., im übrigen Deutschland 20 Sgr. (fl. 1. 10. Südd., fl. 1. Österr. Währ.) pro Quartal.

Befellungen werden auswärts auf allen Postämtern, in Berlin auf der Expedition, von jedem soliden Expediteur, von der Expres-Compagnie, Zimmerstraße 48a, sowie auch unentgeltlich von jedem „rothen Dienstmann“ entgegen genommen. Inserate (in der Expedition aufzugeben) werden pro dreigezogene Petit-Zeile bei Arbeiter-Annoncen mit 1 Sgr., bei sonstigen Annoncen mit 3 Sgr. berechnet.

Agentur für England, die Colonien und die überseeischen Länder: Mr. Bander, 8. Little New-Port-Street, Leicester-Square W. C. London.

Agentur für Frankreich: G. A. Alexandre, Strassbourg, 5. Rue Brulée; Paris, 2. Cour du Commerce Saint-André-des-Arts.

Politischer Theil.

Rundschau.

Berlin, 22. Mai.

Neue Nahrung gewinnen in Deutschland die Friedenshoffnungen durch die Meldung des officiellen „Dresdener Journals“: „Der Pariser Congreß ist allseitig angenommen; die Eröffnung findet am nächsten Freitag statt.“ So überraschend auch auf den ersten Augenblick diese Nachricht klingt, nichts desto weniger ist damit noch keine Garantie für die Erhaltung des Friedens verknüpft; sondern nur eine Verschiebung der Eröffnung der Feindseligkeiten erreicht. Möglich, ja sehr wahrscheinlich ist, daß auch dieser Congreß, ähnlich wie der jüngste Londoner vor dem deutsch-dänischen Kriege, nach kurzer Zeit mit dem Ausdruck des Bedauerns, nichts zu Stande bringen zu können, wieder auseinander geht. Merkwürdig ist nur, daß das habsburgische Cabinet trotz seiner Abneigung gegen den Congreß, diesem doch noch beigestimmt hat, sei es in Folge der in jüngster Zeit angenommenen zweifelhaften Haltung der Mittel- und Kleinstaaten oder aus Mißtrauen gegen den Herrscher in der Seine-stadt und seinen „Haß gegen die Verträge von 1815.“ Hinsichtlich des Congresses ist noch hervorzuheben, daß von beiderseitiger Seite Anstrengungen gemacht werden, daß auch der deutsche Bund wegen Hoffens dazu eingeladen werde. — Aus zuverlässiger Quelle wird versichert, daß ein preussisch-italienischer Vertrag am verflossenen Sonnabend die Unterschrift des Königs von Preußen erhalten hat. — Die Politik der Mittel- und Kleinstaaten betreffend lief in der Bundestagsitzung vom 19. Mai von den in Bamberg versammelt gewesenen Regierungen ausschließlich Sachsens folgender Antrag ein: „Hohe Versammlung wolle an alle diejenigen Bundesglieder, welche militärische über den Friedensstand hinausgehende Maßnahmen oder Rüstungen vorgenommen haben, das Ersuchen richten, in der nächsten Sitzung der Bundesversammlung zu erklären, ob und unter welchen Voraussetzungen sie bereit seien, gleichmäßig, und zwar von einem in der Bundes-Versammlung zu vereinbarenden Tage an, die Zurückführung ihrer Streitkräfte auf den Friedensstand anzuordnen.“ Anlässlich dieses Antrages nahm Oesterreich zu einer Erklärung das Wort, worin es die angeblich bundeswidrigen Verhandlungen zwischen Preußen und den norddeutschen Staaten in die Diskussion zu ziehen suchte. Preußen und Hannover seien auf ihre Bundespflichten aufmerksam zu machen. — Preußen und Hannover säumten nicht, sofort gegen diese österreichische Erklärung ihrerseits Verwahrung einzulegen. — Nachdem Sachsen seine Bereitwilligkeit versichert hatte, seine Armee eventuell auf den Friedenszustand zurückzuführen, ward von der Versammlung beschlossen, die Abstimmung

über den obigen Antrag am nächsten Donnerstag stattfinden zu lassen. — Unzweifelhaft wird nun das hohenzollern'sche Cabinet seine mehrmals abgegebene Erklärung wiederholen, „daß es zu allen Zeiten bereit sei, seine Rüstungen einzustellen, beziehungsweise rückgängig zu machen, sobald ihm durch die übrigen Staaten dazu Gelegenheit geboten und die Bürgschaft gegeben werde, daß es nicht angegriffen werden würde.“ Der obige Antrag ist ersichtlich eine wesentliche Abschwächung des früheren sächsischen, der einseitig nur von Preußen eine Erklärung verlangte, statt dieselbe Forderung auch an Oesterreich zu richten. — In derselben Bundestagsitzung kam auch ein Antrag des Gesandten für Luxemburg und Limburg vor, dahin lautend: daß es dem durchlauchtigsten deutschen Bunde gefallen möge, den die Aufnahme des Herzogthums Limburg betreffenden Bundesbeschluß vom 5. September 1839 wieder aufzuheben und somit den Austritt desselben aus dem Bundes-Verhältnis zu genehmigen. Die Motive deuten auf die Verhältnisse hin, welche es dem König Wilhelm I. der Niederlande zur Nothwendigkeit machten, im Jahre 1839 auch für das jetzige Herzogthum Limburg mit Ausnahme der niederländischen Festungen Maastricht und Venlo dem deutschen Bunde beizutreten (Bundesbeschluß vom 5. September 1839). Der damalige Vorbehalt, daß Limburg unter dieselbe Verfassung und Verwaltung mit den Niederlanden gestellt würde, habe zwar zu keinerlei Unzuträglichkeiten mit dem Bunde geführt, aber eben so wenig eine Annäherung Limburgs an Deutschland bewirkt. Der Anschluß an dieses sei unfreiwillig und im Gegensatz zu den beiderseitigen Sprachen, Bildung, Sitten und Verhältnissen geschehen, daher werde die Lösung sowohl von dem Herzogthum, wie von den Bewohnern der Niederlande, auf welche schließlich doch die Lasten des Bundesverhältnisses zurückfielen, gewünscht. Die geographische Lage der Festungen Maastricht und Venlo, rings vom deutschen Bundesgebiet umschlossen, provociere Konflikte zwischen Niederland und Deutschland. In dem ersteren, nicht in dem letzteren, liege der Schwerpunkt aller Interessen Limburgs, welches nicht einmal, gleich Luxemburg, eine eigene, vom Hauptland gesonderte Verfassung und Verwaltung habe. Diese Gleichartigkeit aller Zustände mit dem Hauptland irritire die Stellung zum Bunde. Die freiwillige Lösung des unfreiwilligen Bundes sei müßig für beide Theile zweckmäßig und ehrenvoll. Zumal in einer Zeit, wo der Bund deutsche Provinzen von der Verbindung mit dem dänischen Staat befreit habe, werde er umgekehrt sein Ohr nicht dem Wunsch einer Entlassung des nichtdeutschen Herzogthums aus dem Bundesverhältnis verschließen. Vertrauensvoll stelle daher die niederländische Regierung den (obigen) Ausscheidungsantrag. — In Ungarn verbreitet ein Gerücht große Aufregung, Kossuth habe sich nach Caprera zu Unterhand-

lungen mit Garibaldi begeben, welche den Einfall des letzteren in Dalmatien und eine Schilderhebung Ungarns gegen den Kaiser zum Gegenstand hätten.

Aus Frankreich, aus Paris, wird telegraphisch eine Wiener Depesche des Metternich'schen „Mém. Dipl.“ gemeldet, wonach das Wiener Cabinet sich den Mittelstaaten gegenüber formell verpflichtet hätte, mit Preußen in der Angelegenheit der Elberzogthümer kein besonderes Abkommen zu treffen; jede weitere Verhandlung in dieser Frage zwischen den Höfen von Wien und Berlin sei von nun an ausgeschlossen. — Napoleon empfing am 20. Mai den mexikanischen Gesandten, General Almonte, welcher sein Beglaubigungsschreiben überreichte. — Täglich erhält man neue Nachrichten über die große Rührigkeit, die augenblicklich im gesammten französischen Kriegsdepartement herrscht. Das Kriegs-Ministerium hat einem Lieferanten 200,000 Infanterie- und 55,000 Kavallerie-siefel, binnen 3—4 Wochen zu liefern in Auftrag gegeben. Zugleich empfing Marschall Randon die Befehle der großen Schneiderwerkstätten, die Herren Dujantey und Renard, um mit ihnen Verträge über sofortige Lieferung bestimmter Kleidungsstücke abzuschließen, während in der Geschloßerei von Douai man Tag und Nacht mit der Anfertigung von Stahlgewehren beschäftigt ist. Ferner hat der Kriegsminister Marschall Randon bei drei Gewehrfabriken in Metz Bestellungen im Betrage von zwei Millionen Francs gemacht. Die bestellten Objecte wären binnen sechs Wochen zu liefern. — Man erwartet eine neue Manifestation des Kaisers bei seinem nahe bevorstehenden Erscheinen im Lager von Chalons.

In der Donaufürstenthümer-Angelegenheit ist die Annahme der Krone von Seiten des Prinzen von Hohenzollern erfolgt und derselbe bereits an der serbisch-walachischen Grenze angekommen, wo ihn eine Deputation empfangen hat. Heute soll er seinen Einzug in Bukarest halten. Man wird abwarten müssen, ob hiermit das Signal zum Einmarsch der Türken in die Fürstenthümer gegeben ist und wie sich die Dinge dort entwickeln. Nach allen aus den Donauländern eingehenden diplomatischen Nachrichten würde ein Ausbleiben der Moldau-Balachen zunächst Serbien, welches das Suseränetätsverhältnis zur Pforte auch von Herzen gern lösen möchte, in Mitleidenschaft ziehen; die christlichen Bevölkerungen in den andern Provinzen der europäischen Türkei würden dem Rufe ihrer griechisch-katholischen Brüder folgen und ihr Paps, der Kaiser von Rußland, könnte nicht ruhig zusehen, wenn Christenblut auf's Neue durch Türken vergossen würde. — Anderweitige Nachrichten aus angeblich zuverlässiger Quelle melden, daß an der Grenze der Fürstenthümer 200,000 Russen bereit stehen, und 160,000 Russen, in Polen concentrirt, auf Arbeit warten. Generale und höhere Militärs treffen bereits in Warschau ein, wo Alles für die

bevorstehende Ankunft des Kaisers Alexander in Bereitschaft gesetzt wird.

In **Italien** ist durch Circular-Befugung die Errichtung von 21 Freiwilligen-Regimentern angeordnet worden. Man versichert, daß 20 Bataillone Freiwilliger bereits vollständig sind und die Annahme, daß die Bildung weiterer Bataillone bevorstehe, verurteilt eine große Anzahl von Anmeldungen. — Aus Ancona ist die Nachricht eingetroffen, daß für die Ankunft einer 40 Schiffe zählenden Flotte Vorbereitungen getroffen werden.

Die **spanische** Regierung scheint, trotz der allgemeinen tiefen Mißbilligung, welche das Bombardement von Valparaiso in der civilisirten Welt gefunden, zu anderen ähnlichen Acten weiterschreiten zu wollen. Die „Correspondencia“ vom 15. d. M. entnimmt einem Telegramm, welches ihr über Southampton zugeht, die Nachricht, daß das spanische Geschwader nach dem Bombardement von Valparaiso entschlossen ist, die andern Häfen von Chile und Peru in ähnlicher Weise zu behandeln. Die „Esperanza“ zeigt sich jedoch mit diesem Plane nicht einverstanden und beschränkt vielmehr darauf, daß das spanische Geschwader, nachdem es Valparaiso bombardiert, nun nichts Anderes zu thun habe, als die Chincha Inseln in Besitz zu nehmen. Seien die Spanier einmal Herren dieser Inseln, dann könnten sie Peru und Chile ihre Friedensbedingungen diktiren. — Von all der Aufregung aber, welche die Beschließung der chilenischen Stadt hervorgerufen hat, scheint die Deputirtenkammer der Cortes nicht berührt worden zu sein; denn am 16. d. M. konnte keine Sitzung stattfinden, weil die Abgeordneten nicht in beschlußfähiger Anzahl erschienen waren. — Die Commission für die neue Bank zog ihren Bericht zurück, um ihn zu modificiren. — Ueber London wird aus Chile gemeldet: Die neutralen Schiffe haben dem Spanischen Geschwader Mittheilung gemacht, daß sie fernere Angriffe auf Chilenische Häfen nicht gestatten werden. Das Geschwader ist in Folge dessen nach der Nordküste abgezogen, um die dortigen mit Chile verbündeten Häfen, Callao eingeschlossen, zu bombardiren. — Die letzte Ueberlandpost meldet aus Bombai, 28. April, daß in **Afghanistan** Anarchie herrsche. Die Russen haben die Truppen des Emirs von Belhara in zahlreichen Gefechten geschlagen. Der Russische Gesandte ist in Samarkand eingekerkert.

Aus **Belgien**, aus Brüssel, verlautet: der Kaiser der Franzosen habe dem Könige Leopold einen „für alle Eventualitäten“ sehr beruhigenden Brief geschrieben, und auch aus England sollen Versicherungen eingetroffen sein, welche der Ansicht, daß England einem etwaigen Angriff auf Belgiens Unabhängigkeit aus allen Kräften sich widersetzen werde, neuen Rückhalt verleihen.

Aus den **Niederlanden**, Haag, 19. Mai, wird gemeldet: Sämmtliche Minister haben ihre Demission eingereicht; der König hat vergebens davon abzurathen gesucht.

Aus **Rußland** sind verschiedene Dementi's des „Journal de St. Petersbourg,“ vom 20. Mai, bemerkenswerth. Dasselbe sagt: Es sei unwar, daß der Kaiser von Rußland in Wien den Rath ertheilt habe, Venetien aufzugeben; eben so unbegründet sei die Angabe, der Kaiser habe Oesterreich eine materielle Unterstützung gegen Preußen versprochen. Directe Interessen Rußlands seien augenblicklich nicht im Spiel, doch sei das kaiserliche Cabinet sich der Solidarität bewußt, welche die civilisirten Nationen verbinde. Es dürfe allerdings den streitenden Mächten nicht den Weg vorschreiben, welchen sie zu gehen hätten, doch die Beziehungen der Freundschaft und des Vertrauens, in denen das kaiserliche Cabinet zu den meisten anderen Kabinetten stehe, gestatteten ihm, seine Interessen an der Aufrechterhaltung des Friedens eindringlich zur Geltung zu bringen. Die Bemühungen der kaiserlichen Regierung bezweckten Beschwichtigung und Versöhnung; auch seien sie den Verheißungen nicht fremd, die vor etwa vierzehn Tagen in Betreff einer Abrüstung ausgetauscht wären. Das russische Cabinet habe in dem Congressprojekt eine günstige Chance für einen friedlichen Verlauf erblickt. Die Thätigkeit seiner Bemühungen steigere sich mit dem Ernst der Situation; es werde bis zuletzt die Pflichten der Humanität erfüllen. Doch würde es ein völliger Irrthum sein, der russischen Regierung eine andere Sprache beizulegen, als die freundschaftlicher Uebereinkunft, und eine andere Haltung als eine völlige Unparteilichkeit, die nur von dem festen Entschluß begrenzt sei, über die Vertheidigung der nationalen Interessen Rußlands zu wachen.

Aus **Amerika**, New-York, 10. Mai, meldet „Reuter's Office“: „Das Repräsentantenhaus hat das von dem Reconstructions-Comité eingebrachte Amendement angenommen.“ — Die Fenier haben eine Kriegsthat vollbracht. Eine Abtheilung derselben verließ am 1. Mai Eastport auf dem Schooner „Friend“, angeblich um nach Portland zurückzukehren. Am folgenden Morgen hielten sie plötzlich die Flagge der „Irischen Republik“ auf und bewachten sich des britischen Schooners „Bentworth“, worauf sie ihren Schooner versenkten und sich an Bord des erbeuteten begaben. Von Eastport wurde ein Unionsdampfer zur Verfolgung abgeschickt, welcher jedoch, durch Namen und Erscheinung des eingeholten Schiffes getäuscht, die Piraten unbehindert ziehen ließ. Dieselben haben darauf, wie gerichtlich verlautet, eine feindliche Landung auf der Insel Grand Menan gemacht. — Der Fenier-Senat tagt gegenwärtig in New-York. Die Mittel

beider Factionen sind, wie es heißt, nahezu erschöpft und die Zuflüsse haben gänzlich aufgehört. Von Mahoni, dem das Wippen des Zuges gegen Neu-Braunschweig zugemessen wird, sind viele Fenier abgefallen, ohne darum zu Roberts überzugehen.

Deutschland.

* **Berlin**, 22. Mai. [Der deutsche Abgeordnetentag,] von etwa 200 Abgeordneten besucht, (Deutsch-Oesterreicher waren nicht erschienen), hat die nachstehenden Ausschlagsanträge angenommen:

„Der Sieg der Waffen hat uns unsere Nordmarken zurückgegeben. Ein solcher Sieg würde in jedem wohlgeordneten Reiche zur Erhöhung des Nationalgefühls gedient haben. In Deutschland führte er durch die Mißachtung des Rechtes der wiedergewonnenen Länder, durch das Streben der preussischen Regierung nach gewaltsamer Annexion und in Folge der unheilvollen Eifersucht der beiden Großmächte zu einem Zwiespalt, dessen Dimensionen weit über den ursprünglichen Gegenstand des Streites hinausreichten.“

Wir verdammten den drohenden Krieg als einen nur dynastischen Zwecken dienenden Kabinetkrieg. Er ist einer civilisirten Nation unwürdig, gefährdet alle Güter, welche wir in 50 Jahren des Friedens errungen haben, und nährt die Gellüste des Auslandes.“

Fürsten und Minister, welche diesen unnatürlichen Krieg verschulden, oder aus Sonderinteressen die Gefahren desselben erweitern, machen sich eines schweren Verbrechens an der Nation schuldig.“

Mit ihrem Fluche und der Strafe des Landesverrathes wird die Nation diejenigen treffen, welche in Verhandlungen mit auswärtigen Mächten deutsches Gebiet preisgeben.“

Sollte es nicht gelingen, den Krieg selbst durch den einmüthig ausgesprochenen Willen des Volkes noch in der letzten Stunde zu verhindern, so ist wenigstens dahin zu trachten, daß er nicht ganz Deutschland in zwei große Lager theile, sondern auf den engsten Raum beschränkt werde.“

Wir erblicken hierin das wirksamste Mittel, um die Wiederherstellung des Friedens zu beschleunigen, die Einmischung des Auslandes abzuhalten, durch die Heeresmacht der nicht theilnehmenden Staaten die Grenzen zu zu decken und, im Falle der Krieg einen europäischen Charakter annehmen sollte, mit noch frischen Kräften dem äußeren Feinde entgegenzutreten.“

Diese Staaten haben also die Pflicht, so lange ihre Stellung geachtet wird, nicht ohne Noth in den Krieg der beiden Großmächte sich zu stürzen. Insbesondere liegt es den Staaten der süd-westdeutschen Gruppe ob, ihre Kraft ungeschwächt zu erhalten, um gegebenen Falls für die Integrität des deutschen Gebiets einzustehen.“

Es wird Sache der Landesvertretungen sein, wenn sie über Anforderungen zu militärischen Zwecken zu entscheiden haben, diejenigen Garantien von ihren Regierungen zu fordern, welche die Verwendung in der oben ausgesprochenen Richtung und im wahren Interesse des Vaterlandes sichern. Nur hierdurch wird sich die Gefahr abwenden lassen, aus den jetzigen Verwicklungen

Feuilleton.

Arbeiter-Schule.

Von Gustav A.

3. Geschichte der constituirenden, französischen Nationalversammlung.

e) Von dem Code Mirabeau's bis zum Schluß der National-Versammlung.

Durch den Tod Mirabeau's war der Fall des Königs entschieden. —

Es hatte dieser nach und nach selbst die Gunst derjenigen Parteien verlohren, die grundsätzlich dem Königthum nicht abgeneigt waren, sondern es gern zu erhalten wünschten, aber sich auf den stets wandelstüchtigen und unentschlossenen, ja oft bis zum Wortbruch unzuverlässigen Fürsten nicht im Geringsten verlassen durften. Dies lehrte besonders ein Flußverfuch des Königs, der indeß mißlang und ihm den letzten Rest von Achtung und Mitleid raubte, den man ihm schon wegen seines traurigen Schicksals noch zollen mochte.

Einige Monate später, den 3. September 1791 war die Constitution*) vollendet und als sie vom Könige

selbstverständlich in allen Punkten angenommen war, erklärte sich die Nationalversammlung am 21. September für geschlossen.

Noch heut blickt unser Stamm auf das, was sie in dem kurzen Zeitraum von 2 1/2 Jahren leistete, und fast unbegreiflich erscheinen die Erfolge, die sie, gegen ungeheure Schwierigkeiten kämpfend, glücklich errang.

Die Zeit, in der sie die Geschichte Frankreich's, ja der Welt, leitete und für die kommenden Jahrhunderte den Keim der wahren Freiheit legte, diese Zeit bildet — und dies giebt uns den Schlüssel zu zahllosen Widersprüchen, die unser Urtheil verwirren könnten — den Uebergang zweier großer Gesellschaftsperioden, von denen die erstere den Grundbesitz, die andere das Kapital zum herrschenden Princip zu erheben suchte.

Letzteres drückt sich deutlich in der von der Nationalversammlung entworfenen Constitution (namentlich in der Einführung des Wahlensuz) aus.

Aber wir dürfen es nicht vergessen, daß wir, um richtig zu urtheilen, auch die damals bestehenden Zustände scharf in's Auge fassen müssen. Da finden wir denn, daß derjenige Theil des Volkes, den wir heut unter dem Namen „viertes Stand“ zusammenfassen könnten, durch die zahllosen Mißbräuche der verstorbenen Gesellschaftsperiode depravirt, sich in einem Zustande befindet, der jeder Beschreibung spottet und zum Theil in hohem Grade verderbt war, so daß die Uebergabe so wichtiger politischer Rechte, wie die Wahl der Repräsentanten in die Hände dieser Klasse, ein Schritt war, der die bedenklichsten Folgen nach sich ziehen, dessen Gefähr aber freilich nimmer dadurch beseitigt werden konnte, daß man

die Betroffenen einfach von allen politischen Rechten ausschloß und dieselben einer Klasse vorbehielt, die sich freilich durch höhere Bildung auszeichnete, in der Folge dennoch den schlechtesten Gebrauch von dem übrigens von ihr zum kleinsten Theil verdienten Geschenke machen mußte.

Schwerlich abate die National-Versammlung indeß, zu welcher unerhörten Ausschreitungen*) die Bourgeoisie sich in Folge der Errungenschaften des 4. August hinreißen lassen würde, und — man denke, eben erst hatte sie mit fast übermenschlicher Kraft die alten, Jahrhunderte hindurch bestandenen Mißbräuche gestürzt, hatte sich selbst an den Königsstern gewagt und nur an ihr lag es, wenn sie ihn nicht vollends in den Staub trat — konnte man von ihr nun verlangen, daß sie die ärgellose Menge, die ihr bei ihrem gigantischen Werk behülfflich gewesen, zu organistren, all' diese verworrenen, noch nicht im Laufe der Zeit geläuterten Wünsche zu regeln versuche?

Nein, diese Aufgabe überstieg menschliche Kräfte, wenn man hierbei bedenkt, daß die Früchte des eben erst errungenen Sieges noch sehr der Pflege bedürftig — Hierzu gehörten Männer wie Laffalle und Mirabeau — und solcher giebt es nicht viel in einem Jahrhundert.

Die eigentliche Aufgabe der Nationalversammlung ist von dieser glänzend gelöst worden und dies sichert ihr die Achtung und Bewunderung aller Zeiten! — —

*) Eine ausführliche Besprechung (zu der hier der Raum fehlt) findet man sowohl im Arbeiterprogramm von Laffalle, als auch im vorigen Jahrgange des „Social-Demokrat“.

*) Man sehe darüber nach im Arbeiterprogramm von Laffalle, Seite 22.